



Pressemitteilung

Ansbach, 06. August 2013

Kalte Füße bei der CSU: Hektischer Aktionismus wegen wachsendem Protest gegen Fluglärm
BI „Etz langt's!“: „Placebo-Politik in Wahlkampfzeiten hilft den Menschen nicht!“
Staatssekretär Schmidt blockiert seit Jahren Nachtflugverbot – „Jetzt müssen Taten folgen“

Für die von unerträglichem Fluglärm und Abgasen der US-Kampfhubschrauber geplagte Bevölkerung in Westmittelfranken wiederholt sich das Wahlkampf-Schauspiel der CSU aus dem Jahr 2009: In einem erneuten Lärm-Sommer soll hektischer Aktionismus das Versagen der Christsozialen bei der Entlastung der BürgerInnen vor den Auswirkungen der US-Kriegsübungen vor unserer Haustüre vertuschen.

Das Déjà-Vu: Während der Bachwoche und zu Wahlkampfzeiten können die Menschen mit etwas weniger Fluglärm rechnen – danach wird es wieder wie zuvor: Die CSU sorgt für den Vorrang der Militärinteressen vor dem Bürgerwohl. Dabei hätte gerade Staatssekretär Christian Schmidt (CSU) die Möglichkeit gehabt, den einstimmigen Ansbacher Stadtratsbeschluss vom Mai 2009 für ein Nacht- und Überflugverbot von Wohngebieten umzusetzen. Vier Jahre lang hat er genau dies jedoch behände blockiert. Ebenso hat Schwarz-Gelb die im Koalitionsvertrag vereinbarte Gleichstellung von zivilen und militärischen Flughäfen nicht erreicht. So sind konkrete Ergebnisse für den Lärmschutz der BürgerInnen in dieser Legislatur gleich Null.

Der Vorstand der Bürgerinitiative (BI) „Etz langt's!“ stellt dazu klar: „Die temporäre Verlagerung von Flügen der Kampfhubschrauber löst das Problem nicht ansatzweise. Das Wahlkampf-Manöver Schmidts setzt dessen wirkungslose Placebo-Politik fort. Entweder ist er nicht willens oder in seinem Ministerium zu durchsetzungsschwach, die Bevölkerung mit einer Änderung der Flugbestimmungen zugunsten der Menschen dauerhaft zu entlasten. Er sollte den WählerInnen besser diese Wahrheit sagen anstatt die abgehalfterte Ankündigungspolitik bis zum Sankt-Nimmerleinstag fortzuführen.“

Ebenso durchschaubar ist die Intension des Bittbriefs des Ansbacher OB-Kandidaten Thomas Deffner (CSU) an Verteidigungsminister Thomas de Mazière (CDU). Seit 2008 hat Deffner keinen Finger für den Schutz vor Fluglärm gerührt. Stattdessen hofierte er in seiner Funktion als Bürgermeister das US-Militär geradezu.

„Die Herren Schmidt und Deffner stehen stellvertretend für die kalten Füße der CSU angesichts des wachsenden Protests der Bevölkerung gegen Fluglärm und Abgase der Kampfhubschrauber. Die vergangenen Wochen bewiesen erneut, wie sehr die Lebensqualität im Umkreis der US-Basen Ansbach und Illesheim leidet: Tausende Menschen werden um ihren Schlaf gebracht, da das Öffnen von Fenstern in zahlreichen Stadtteilen und Ortschaften nicht mehr möglich ist. Eine verantwortungsvolle Politik müsste jetzt die Abzugsperspektive der Hubschrauber vorbereiten, denn es liegt auf der Hand, dass das Ausmaß der Militärpräsenz nicht mit dem Bürgerwohl vereinbar ist. Das Vertrösten der Bevölkerung und das Verstecken hinter der längst widerlegten angeblichen Wirtschaftskraft des Militärs hilft den Menschen dabei nicht. Jetzt müssten Taten folgen. Die CSU scheint dazu nicht fähig“, so der BI-Vorstand abschließen. *gez. Boris-André Meyer, Pressesprecher*